

mmel-
armor-
artikel
!
niedrig!

at
atur-Werkstatt
rkstraße 4
n:
apparaten, Rasier-
fischbestecken usw.
Preisen.

erlegen
öbel
Bielefeld
rderstraße 106.
tsgeschenk

r Anstalten
Schule.
hyme nach sieben
I bis U II).
ren.
unden und bieten
iten unt. Aufsicht.
ormittags 11 bis
v. Bauweg).

ts fabrikfrisch
Pfd. 60 Pfg.
50
Versand unt. Nachn.
11, Neptunhaus

Oranienstraße 53.
Mäßige Preise.

ratzen
wie
lage, Alpengras
a"
Bielefeld

e!

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs mal. — Preis monatlich 1.35 und
0.95 Vierteljährlich, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Einsend. unter Streichband 1.35 (incl. Postgeb.). Preis der
Einsendungen 10 Pfg. Postgeb. Porto Hannover 277.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unter Kiel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postgeb.
Hannover 277.

Nr. 286.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 8. Dezember 1931.

13. Jahrgang.

Ein großer Teil unserer Fehler kommt daher, daß wir
uns nicht genug in der Gegenwart Gottes halten.
Franz von Sales.

Gestehungskostenkrise!

Es ist die Tragik der Regierung Brüning, daß sie trotz
aller energischen Bemühungen sich immer wieder vor neue
unerwartete Schwierigkeiten gestellt sieht. Auch als Geg-
ner muß man es dem Reichskanzler Brüning bestätigen,
daß er wie kein anderer Reichskanzler der deutschen
Republik Tatkraft und Energie gezeigt hat. Aber gerade
diesem Mann mußte der äußere Erfolg versagt bleiben
und ausgerechnet unter seiner Leitung geht es in die
bitterste Notzeit hinein.

Raum ist der Finanzkrise notdürftig Einhalt getan und
schon entstehen aus der Goldwährungskrise neue und
schwere Aufgaben. Die deutsche Exportwirtschaft ist in der
derzeitigen Krise das Rückgrat unserer Volkswirtschaft.
An dem Produktionsrückgang ist gegenüber dem Höchst-
stand des Jahres 1929 der Binnenmarkt mit 33 1/2 Proz.
beteiligt, während der Exportmarkt mit 1—2 Proz. be-
teiligt ist. Von einer Schrumpfung des Exportmarktes
konnte bisher kaum die Rede sein. Natürlich muß man
zum Vergleich die Mengen heranziehen und nicht die
Werte, da das Preisniveau in der Zwischenzeit erheblich
herabgesunken ist.

Die Entwertung der Wäluen von rund 25 Staaten
wird aber üble Rückwirkungen auf unsere Exportwirt-
schaft zeitigen. Hat einmal die Exportwirtschaft manchen
bösen Währungsverlust einzustechen, so erfordert zum
andern die Marktlage in jenen 25 Staaten eine Senkung
der deutschen Warenpreise, wenn diese Märkte der deut-
schen Wirtschaft nicht ganz verloren gehen sollen. Noch
sind die Exportziffern der Monate September und Ok-
tober für Deutschland sehr günstig gewesen. Wir dürfen
aber nicht übersehen, daß dieses günstige Ergebnis nur
dadurch zustande gekommen ist, daß die deutschen Liefe-
ranten schleunigst alle die vor dem Währungszerfall her-
eingekommenen Aufträge zur Erledigung bringen. Man
befürchtet, daß die Entwertung sich fortsetzen könne und
wird sich möglichst vor dem dadurch entstehenden weiteren
Verlust schützen. Die Ankündigung der bevorstehenden
Einführung der Schutzölle in England hat viele englische
Importeure veranlaßt, sich mit deutschen Waren reichlich
einzudecken. Von Solingen wird berichtet, daß in den
Tagen vor der Einführung der neuen Zölle sogar Flug-
zeuge zum Transport hochwertiger Stahlwaren in An-
spruch genommen wurden.

Diese Momente können uns nicht darüber hinweg-
täuschen, daß wir mit der unbedingten wesentlichen Ein-
schrumpfung des Exportmarktes zu rechnen haben. Von
vielen Firmen wird berichtet, daß sie seit der Abkehr
Englands vom Goldstandard kaum noch neue Aufträge
aus den von der Goldwährungskrise betroffenen Ländern
hereinnehmen konnten und so wird um die Jahreswende
die Schrumpfung des Exportmarktes fühlbar in Erschei-
nung treten, da bis dorthin die alten Lieferungsverpflich-
tungen abgewickelt sind.

Die Regierung Brüning hat die Gefahr, die unserer
Exportwirtschaft aus dieser Entwicklung droht, wohl er-
kannt und dieser Erkenntnis ist die Einberufung des
Wirtschaftsbeirats zu verdanken. Die Aufgabe dieses
Wirtschaftsbeirats war, über die Senkung der Gestehungs-
kosten zu beraten und Richtlinien über die zu treffenden
Maßnahmen aufzustellen. Die wichtigste Aufgabe war
aber die Vermittlung eines gütlichen Ausgleichs zwischen
den Interessen der Arbeitnehmer und denen der Arbeit-
geber. Es war vor allem den Vertretern der Arbeit-
nehmer nahezubringen die Einsicht, daß Lohnsenkungen
eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sind. Die eine
Aufgabe hat der Wirtschaftsbeirat wenigstens insofern
erfüllt, als er seine Arbeit mit der Festlegung von Zeit-
fägen abschließen konnte. Diese Zeitfägen selbst haben
manche Enttäuschung gebracht, da in ihnen nichts ent-
halten war, was nicht schon von den Volkswirtschaftlern
bereits gefordert wäre. Es hat deshalb keinen Zweck, sich
mit diesen Zeitfägen zu befassen, da die Reichsregierung
nicht daran denkt, sich den Inhalt der Zeitfägen unbesehen
zu eigen zu machen.

Ist also diese eine Aufgabe recht dürftig gelöst, so ist
die zweite Aufgabe ungelöst geblieben. Das bedeutet
nicht, daß die Beziehungen zwischen den Arbeitnehmern
und Arbeitgebern sich verschärft hätten. Angesichts der
wachsenden Zollmauern und der sich fortpflanzenden
Pfundkrise sieht die überwiegende Mehrheit der Arbeit-
nehmer ein, daß an durchgreifenden Lohnsenkungen nicht
vorbeizukommen ist. Andererseits betonen die Arbeitgeber,

daß mit Lohnsenkungen allein nichts erreicht wird, wenn
nicht die anderen Kalkulationsfaktoren eine wesentliche
Umgestaltung erfahren. Hier berühren sich die Interessen
der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Die Arbeitnehmer
fordern eine allgemeine Preisherabsetzung zur Verbilli-
gung der Lebenshaltung, und die Arbeitgeber die Ver-
minderung aller Gestehungskosten, um die geforderte
Preisherabsetzung vornehmen zu können. Unter den
anderen Gestehungskosten versteht der Arbeitgeber: Steu-
ern, soziale Lasten, Tarife der Eisenbahn, der Wasser- und
Elektrizitätswerke und der Post. Hiermit sind die Ur-
sachen der Gestehungskostenkrise gekennzeichnet.

Wenn die Regierung den Sozialdemokraten und den
Gewerkschaften zu verstehen gibt, daß eine Erhöhung der
Umsatzsteuer auf 2 Proz. und eine neue Gehaltskürzung
von 10—12 Proz. gerade ausreichen würde, um das neue
Loch in dem so oft sanierten Staatsäckel zu stopfen, so
sieht man schon, daß Steuererhöhungen nicht in Betracht
kommen. Im Gegenteil wird die erhöhte Umsatzsteuer
den Vorteil der Lohnsenkung zu einem guten Teil im
ungünstigen Sinne ausgleichen. Reichsbahn und Post
haben unter der schlechten Wirtschaftslage so zu leiden,
daß an Tarifferhöhungen nicht gedacht werden kann. Die
Regierung steckt in einer verwickelten Lage und mit Recht
fürchten die Arbeitnehmer, daß die Regierung als durch-
greifendste Maßnahme eine Lockerung des Tarifwesens
beschließen wird. Die Arbeitgeber werden in ihrer Not
nach jedem Strohalm greifen, der sich ihnen bietet.
Sagte doch in diesen Tagen Herr Krupp von Bohlen-
Halbach, daß es bei vielen Unternehmungen nur noch um
Monate und Wochen geht und der Zusammenbruch ist da.
Man wird den Eindruck nicht los, daß es schon zu spät
ist, um das Unheil abzuwenden. Die Exportwirtschaft
wird nicht mehr in der alten Weise in Gang kommen.
Sie würde auch nicht mehr in Gang kommen, wenn man
die Gestehungskosten gleichmäßig senken würde, denn
niemals wird man eine solche krasse Senkung bei gleich-
zeitiger Beibehaltung des Goldstandards erreichen wie
notwendig wäre. Die Zollpolitik Englands und anderer
Länder wird unter allen Umständen hemmend wirken.

Die neuen Notverordnungen müßten erkennen lassen,
daß man in Rechnung gestellt hat, daß die Schrumpfung
des Exportmarktes zum Teil überhaupt nicht aufzuhalten
ist und zum anderen Teil nicht aufgehoben werden kann,
weil die derzeitige Wirtschaft- und Finanzpolitik zu sehr
auf kurze Sicht eingestellt ist. Es müßten sich Merkmale
dafür finden, daß man verstärkte Aufmerksamkeit dem
Inlandsmarkt zuwendet und schärfste Beschränkungen
jeder unerwünschten Einfuhr vorsieht. Wer wagt aber
zu hoffen, daß die neuen Notverordnungen diesen ange-
führten Umständen hinreichend Rechnung tragen? Trotz
der Notverordnungen wird die Gestehungskostenkrise fort-
bestehen und sehr leicht könnte diese Gestehungskostenkrise
sich zu einer Regierungskrise ausweiten. Hat die Regierung
den Mut, sich den gewerkschaftlichen und sozialdemokra-
tischen Einflüssen zu widersetzen, so wird sie schneller stol-
pern als wenn sie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten
um dieser Einflüsse willen überfieht. Im letzteren Falle
aber wird der wirtschaftliche Zusammenbruch desto gründ-
licher sein.

Am Grabe der Erfüllungspolitik?

Brünings Politik scheint Schiffbruch zu leiden. Der
deutsche Reichskanzler wollte durch Einparungen und
Opfer den Reichshaushalt ausgleichen und Frankreich da-
von überzeugen, daß wir auf die Dauer keine so hohen
Tribute bezahlen können. Beide Ziele hat er nicht er-
reicht. Der Haushalt weist noch immer trotz der wieder-
holten gegenteiligen Ankündigungen ein erkleckliches De-
fizit, über dessen Höhe man sich streitet, auf. Eine wesent-
liche Herabsetzung der Reparationslasten ist in absehbarer
Zeit nicht zu erhoffen.

Es wäre aber falsch, Brüning allein für die Erfolge-
losigkeit der Revisionsbemühungen verantwortlich machen
zu wollen. Laval, der bedächtige und vorsichtige fran-
zösische Ministerpräsident, hat ein gerüttelt Maß Schuld.
Er hat die geschichtliche Stunde für die französisch-deut-
schen Beziehungen nicht verstehen wollen oder können.
Wie Schloch hat er auf seinen Forderungen bestanden.
Mit seiner letzten Kammerrede, die in der ganzen Welt
Beachtung gefunden und den Geist, den das französische
Volk befeelt, offenbart hat, hat er die Tür für eine Revi-
sion des Young-Planes zugeschlagen. Was er dem deut-
schen Volk an Erleichterungen in Aussicht stellt, ist zuviel
zum Sterben und zu wenig zum Leben. Dennoch stimmen
ihm die französischen Zeitungen fast ausnahmslos zu.
„Le Temps“ schreibt als Kommentar zu der Rede u. a.
Dinge, die an Selbstberäucherung oder Pharisäertum
grenzen.

„Die Rede, die der Ministerpräsident Laval in der
Kammer gehalten hat“, führt dieses Blatt aus, „hat klar
und eindeutig die Situation Frankreichs dargelegt.“

Die offenen Worte waren nötig, weil in der inter-
nationalen Presse nach Rückkehr des Herrn Laval Be-
hauptungen aufgestellt worden sind, die dazu angetan
waren, Verwirrungen über die wahren Ziele der franzö-
sischen Politik zu stiften. Wenn man auch die Angriffe
der sozialistischen und kommunistischen Blätter vernach-
lässigen kann, die Frankreich als imperialistisch und mili-
taristisch hinstellen, — im übrigen eine gehässige Lüge, die
die deutsche Propaganda unaufhörlich wiederholt und für
ihre Zwecke ausbeutet — so kann man doch nicht perfide
Behauptungen, die im Schein der Großmut gemacht wer-
den, außer acht lassen. Wenn Frankreich sein gutes Recht
fordert, werden seine Absichten verächtlich. Man behaup-
tet, daß es die politische, militärische und wirtschaftliche
Hegemonie herbeiführen wolle. Jedenfalls hat man oft
den Eindruck, daß andere Nationen — darunter auch
solche, die an unserer Seite im Weltkrieg gekämpft haben
— Frankreich seinen Sieg, seine wirtschaftliche Lage nicht
gönnen. Wenn von Hilfe und Mitarbeit gesprochen wird,
wird dieses mit dem Sintergedanken getan, Frankreich
der Reichtümer zu entblößen, die es dank seines Fleißes
ersparen konnte: wenn von Abrüstung die Rede ist, will
man damit die Entwaffnung Frankreichs erringen. Alle
Regierungen, die seit 10 Jahren die auswärtige Politik
Frankreichs führen, sind auf diese Gedankengänge ge-
stoßen. Sie haben festgestellt müssen, daß alle Initia-
tiven, die von Frankreich ausgegangen sind, als Be-
mühungen gedeutet worden sind, die französische Hege-
monie herzustellen. Anstatt die französischen Initiativen
zu unterstützen, zum Wohle aller Völker, hat man deren
Verwirklichung zu vereiteln versucht. Das ist der wahre
Grund, weshalb das Werk des Friedens nur mühevoll
Fortschritte macht. Nicht bei uns, sondern bei den ande-
ren ist die Schuld für den gegenwärtigen Zustand zu
suchen (!). Man wird verstehen können, daß wir in dem
Augenblick, in dem wir dazu gebeten werden, Opfer zu-
gunsten Deutschlands zu bringen, um unsere Interessen
besorgt sind und unsere Rechte wahrnehmen wollen.

Herr Laval hat in der Kammer mit Recht erklärt, daß
Frankreich keine Völker zu beherrschen suche, und daß
kein Mensch daran denke, die nationalen Quellen in den
Dienst eines Angriffs zu stellen.

Kann nun Deutschland — zum letztenmal — gerettet
werden? Als die tiefste Ursache der gegenwärtigen deut-
schen Krise hat der Ministerpräsident die Art und Weise
bezeichnet, wie die Reichsfinanzen geführt worden sind.
Wenn die Welt daran interessiert ist, daß Deutschland
seine Zahlungsfähigkeit wieder erlangt, dann kann nicht
ernstlich verlangt werden, daß dieses auf Kosten seiner
Gläubiger erreicht wird. Außerdem kann sich Frankreich
nur für die Gewährung einer Schonzeit einverstanden
erklären. Eine Revision kommt aber nicht in Frage.
Eine Ermäßigung der Zahlungen kann nur in dem Maße
in Betracht gezogen werden, wie die Alliierten unsere
Kriegsschulden ermäßigen. Die ungeschützten Zahlungen
müssen auf alle Fälle geleistet werden. Auch wird Frank-
reich nicht zugeben, daß die Privatschulden den Vorzug
vor den Reparationszahlungen erhalten.

Wir sind bereit, Deutschland zu retten, wenn unsere
Rechte unangetastet bleiben.“

Und so tritt die bange Frage an uns heran: Wie wird
das deutsche Volk die kommenden Monate, die vielleicht
schwerer sind als die Zeit nach dem Dreißigjährigen
Kriege, überstehen? E. J. K.

Vertrauen als Voraussetzung der Wirtschaftsbelebung.

Von Wilhelm Ralkkuhl, Leiter der Abteilung für
Angestellte des Arbeitsamtes Hagen.

Es wäre zwar vermessend, zu leugnen, daß es in vielen
Fabriken und Kontoren, Werkstätten und Kaufhäusern,
kurz, an mancher Stätte der Arbeit öde und still ge-
worden, und doch ist bei objektivem Studium der Sach-
lage erkennbar, daß es im tiefsten Grunde der wie ein
verzehrendes Feuer um sich fressende Fatalismus und die
Schwarzseherei sind, die die Lebensenergien der Wirt-
schaft und des Volkskörpers weiter zerfetzen und auflösen.
Gleichviel, ob der Arbeitsplatz, Beschäftigung und Ver-
dienst verloren ist, oder ob man ihn noch besitzt, ob die
Existenz des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers noch
gewährleistet erscheint oder nicht, in den Fabriken, in den
Werkstätten, in den Läden und Kontoren, in den Direk-
tionen, Verbänden arbeitnehmerlicher und arbeitgeber-
licher Art, am Stammtisch und auf der Eisenbahn, überall
ist man sich einig darin, daß die Verhältnisse äußerst

schlecht und unerträglich sind, und daß, wenn die Entwicklung so weitertreibe, die Katastrophe unausbleiblich sei. Mit diesem Riesmachertum hat unser Volk sich in eine Not- und Angstpsychose übelster Art hineinmanövriert, in eine Psychose, die jeden Willen zur Behauptung der Existenz gelähmt und jeden Glauben an eine wirtschaftliche Gesundung ertötet hat.

Soll in Industrie, Handel und Gewerbe neues Leben erstehen, dann ist notwendig, daß zunächst der verzweifelte Haltung unseres Volkes Einhalt geboten wird. Anstelle der üblen Schwarzmalerei muß wieder die gesunde, lebensbejahende Hoffnung treten. Nur eine auf Vertrauen eingestellte Haltung kann Ansätze zu einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung zeitigen. Hoffnung und Glaube an die wirtschaftliche Wiedergeburt sind zunächst die Faktoren, die Bewegung im Handel und damit auch Beschäftigung im heimischen Gewerbe und in der Industrie schaffen können.

In dieser Erkenntnis fördert auch die öffentliche Anstellungsvermittlung unter den stellungslosen Angestellten mit allen Mitteln die Erhaltung des Arbeitswillens und die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Jede wirtschaftliche Belebung setzt die Stärkung und Erweiterung der konsumierenden Schicht voraus und deshalb ist es auch angesichts des bevorstehenden Weihnachtsgeschäfts geboten, soweit es im Rahmen des Möglichen liegt, Stellenlose als Hilfskräfte zu beschäftigen. Und nicht nur das. Bei Prüfung der Möglichkeiten und des Nutzeffektes der Winterhilfe, die bisher ohne Zweifel Anerkennenswertes geleistet hat, tritt die Frage in den Kreis der Betrachtung, ob nicht die wirksamste und billigste Winterhilfe die Beschäftigung eines arbeitslosen Menschen ist, eines Menschen, der infolge längerer Ausschaltung aus Arbeit und Verdienst das stärkste Bedürfnis nach den Artikeln des täglichen Bedarfs hat und der demnach für die Kaufkraftvermehrung und die Konsumleistung ernsthafteste Bedeutung hat. Arbeitsbereitstellung ist sicherlich die fruchtbarste Winterhilfe. Jedes in bezug hierauf gebrachte Opfer wiegt volkswirtschaftlich gesehen, den Wert der Winterhilfe aller Art auf.

Bei den Arbeitsämtern suchen männliche und weibliche Angestellte in erheblicher Anzahl durch deren Stellenvermittlungen Beschäftigung. Es handelt sich überwiegend um kaufmännisches Verkaufs- und Büropersonal. Wenn die öffentlichen Mittel entlastet und eine Neubelebung der Kaufkraft erreicht werden soll, müssen die notwendigen Kräfte nur dem Bestande der Unterstützung beziehenden Stellenbewerber entnommen werden.

In Erwägung aller wirtschaftlichen und sozialen Belange muß auch Stellung genommen werden zum Doppelverdienst. Soll die Arbeit nach volkswirtschaftlichen, sozialen Gesichtspunkten verteilt werden, und soll es zu einer Belebung der Kaufkraft kommen, dann müßten Arbeitgeber und Arbeitnehmer ganz anders als bisher darauf halten, daß die Doppelverdiener den wirtschaftlich Schwächeren Platz machen.

Im Durchschnitt gesehen, ist bei den arbeitslosen Angestellten ein starker Wille zur Selbsthilfe feststellbar. Dieser Kraft droht jedoch die Gefahr des Versagens, wenn von Arbeitgeberseite dem arbeitslosen Angestellten bezüglich seiner Tüchtigkeit und charakterlichen Eigenschaften mit Mißtrauen begegnet wird. Verdient das neuerdings von dem Industrieführer Geheimrat Duisberg ausgesprochene Wort „Vertrauen ist Voraussetzung der Wirtschaftsbefähigung“ Glauben, dann kann und darf diese

Wer

macht es sich zur Pflicht, für den „Aufwärts“ zu werben?

Parole sich nicht nur auf die Kunden beschränken, sie muß auch für die Arbeitskraft bzw. für die arbeitslosen Angestellten Gültigkeit haben. Obgleich die Vermittlungstätigkeit der Abteilungen für Angestellte sich relativ im Rahmen der Ergebnisse besserer Konjunktur gehalten hat, so würde doch trotz der schwieriger gewordenen Wirtschaftslage die Entlastung des Arbeitsmarktes für Angestellte fühlbarer werden, wenn die nach unparteiischen, wirtschaftlichen und beruflichen Gesichtspunkten arbeitende öffentliche Stellenvermittlung in Fällen vorkommender Vakanz noch in stärkerem Maße benutzt würde, als das bisher geschehen ist. Wenn Zeit Geld ist, und die Rationalisierung in Zeiten verminderten Ertrages und notwendiger schärfter Rationalisation ihre Berechtigung haben sollen, dann ist auch in Fällen des Personalbedarfs die Benutzung der öffentlichen Stellenvermittlung, die für den Auftraggeber jede unnütze Zeit und Kraftaufwendung ausschließt, ihrer Schnelligkeit und Wirtschaftlichkeit wegen geboten.

Schließlich ist die öffentliche Angestelltenvermittlung, wirtschaftlich und kulturpolitisch gesehen, ein Instrument des arbeitsmarktlischen Ausgleichs, der Intensivierung der Wirtschaft und Ethisierung des Berufslebens. Als Glied der Sozialpolitik verfolgt sie die Stärkung der Volkskraft und Förderung des Arbeitswillens. Wie es das Ziel der Unfall- und Krankenversicherung ist, Unfälle und Krankheit zu verhüten, so erstrebt die öffentliche Arbeitswirtschaft durch Hinwendung zu dem breiten Ursachengebiet planvoll die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Hieran durch Stärkung des Vertrauens, Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten und Benutzung der öffentlichen Anstellungsvermittlung mitzuwirken, ist für Industrie, Handel und Gewerbe eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Noch einmal: Zum „Fall Dehn“

In der Zuschrift von Pastor Klingenberg-Münich „Zum Fall Dehn“ in Nr. 271 des „Aufwärts“ ist bedauerlicherweise, sicherlich aus Unkenntnis der Tatsachen, eine so unrichtige Darstellung der Berufung von Pfarrer D. Dehn gegeben worden, daß sie dringend einer Berichtigung bedarf. Es sollen kurz die einzelnen Punkte, auf die es hier ankommt, herausgestellt werden.

1. Bei der Berufung nach Heidelberg war Pfarrer D. Dehn Kandidat der Fakultät. Nachdem die Fakultät auf den Druck der nationalsozialistischen Studenten hin ihn nachträglich für Heidelberg für ungeeignet erklärt hatte, sagte Dehn seinerseits in Heidelberg ab. Bekannt ist, daß sich Professor Martin Dibelius-Heidelberg in einem Sondergutachten nachdrücklich für Dehn und gegen das Vorgehen der Fakultät geäußert hat. Außerdem haben 27 ordentliche Professoren aller Fakultäten nach Prüfung des Materials sich gegen den Rückzugsbeschluß der Fakultät erklärt.

2. In Halle waren vom Kultusminister entgegen den Wünschen der Fakultät zwei ausgesprochene religiöse Sozialisten für den Lehrstuhl der Praktischen Theologie vorgeschlagen worden. Da die Fakultät diese beiden Kan-

didaten ablehnte, schlug der Minister als Vermittlungsvorschlag Pfarrer D. Dehn vor, der ja seit Jahren keine Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei mehr hat und sich auch theologisch von der Gedankenwelt des religiösen Sozialismus weit entfernt hat. Die Fakultät in Halle hat sich von Anfang an, obwohl Dehn nicht der Kandidat der Fakultät war, mit dieser Lösung einverstanden erklärt und ist bis heute im Gegensatz zur Heidelberger Fakultät bei ihrer ersten Stellungnahme geblieben. Sie hat in den Kämpfen der Studentenschaft gegen Dehn ihn als Fakultätsmitglied in Schutz genommen, so daß ein Anlaß zum Rücktritt hier nicht vorlag. Von einer „unlauteren Weise“, auf die Dehn in seine Professur gekommen sei, kann hier wirklich nicht die Rede sein. Es ist das Recht des Kultusministers, seinerseits Berufungen vorzunehmen, und es ist von diesem Recht auch früher nicht selten Gebrauch gemacht worden. Der Sinn dieses Rechtes ist der, daß durch ein Eingreifen des Ministers gelegentlich in einer Fakultät bisher nicht vertretene Richtungen zur Geltung gebracht werden können. Es ist nicht richtig, daß der derzeitige Kultusminister in solchen Fällen sich nur von der Parteidoktrin hat leiten lassen — dies trifft ja auch bei Dehn nicht zu. Gleichzeitig mit der Berufung Dehns wurde übrigens der bekanntlich rechts stehende Professor D. Gogarten gegen den einstimmigen Beschluß der Breslauer Fakultät berufen. Obwohl Gogarten in Breslau wirklich aufkotropt worden ist, hat sich dort in der Studentenschaft kein Widerspruch geregt, wie es ja auch gar nicht das Recht der Studentenschaft ist, zur Berufung von Dozenten Stellung zu nehmen.

Wer bei Kenntnis dieser Tatsachen aus nächster Nähe und eigener Anschauung den Kampf der Studentenschaft gegen die Berufung Dehns kennt, wird sie zum mindesten von dem Vorwurf der Unfachlichkeit nicht freisprechen können.

Pfarrer Jänicke, Halle a. S.

Eine kurze Erklärung zur Klärung.

1. Es ist m. E. nichts einzuwenden gegen D. Dehns jeztige oder frühere parteipolit. Einstellung, auch nichts gegen seinen urchristlichen Pietismus, wenn derselbe freilich in seiner naiven Weltfremdheit auch zu argen Mißdeutungen wie in Magdeburg oft Anlaß geben kann. und wird. Das sind seine persönlichen Gewissensangelegenheiten.

2. Es kann aber m. E. gar nicht genug bedauert werden, daß nun je länger je mehr die theologischen Professoren vom jeweiligen Kultusminister und nicht von den Fakultäten berufen werden. Der Grundsatz politischer Neutralität wird damit für die evangelische Theologie und Kirche immer mehr gefährdet und einer Ueberflutung der Kirche mit parteipolitischen Machtpolitik Tür und Tor geöffnet. Man kann den jeweiligen sozialistischen, faschistischen, kommunistischen oder völkischen Kultusministern es nicht verdenken, wenn sie es versuchen, auf solche Weise Einfluß auf die Kirche zu gewinnen. Aber evangelische Männer, mögen sie heißen wie sie wollen, und stehen, wo sie wollen, sollten sich dazu nicht bereit finden, weil sie damit der evangelischen Kirche als politisch neutraler Volkskirche schaden.

3. Mein Vorwurf richtet sich auch gegen die Fakultäten. Die Rücksicht auf die parteipolitische Einstellung der Studentenschaft (Heidelberg) oder auf den Willen des Kultusministers (Halle und Breslau) kann wahrlich nicht der theologischen Wissenschaft zur Ehre und der evangelischen Sache zum Segen gereichen.

Klingenberg.

Adrienne.

Von Wilhelm Schaper.

Die Batterie war im Süden der Bozore-Ebene in Stellung. Am Rande eines wundervollen Waldes, der damals noch undurchdringlich war. Es war ein verhältnismäßig ruhiger Frontabschnitt. Nur hin und wieder Störungsfeuer. Sonst nichts. Meine Kameraden, die schon länger dort waren, hatten den Wunsch, in dieser „Sommerfrische“ das Ende des Krieges zu erleben. Sie hatten die Schrecken des Kampfes an anderen Frontabschnitten reichlich zu spüren bekommen.

Ich war erst einige Wochen bei der Batterie. Täglich mußte ich Befehle von dem Regimentsstab holen, der in dem Landstädtchen Th. lag. Das war gerade kein kriegerischer Dienst. Doch mußte ich dabei ein Dorf durchreiten, das öfter unter dem Feuer der französischen Artillerie lag. Deshalb war ein Feldenkeller gebaut, in den alles flüchtete, sobald das Schießen einsetzte. Sämtliche Einwohner waren auf der heimatischen Scholle geblieben. Obwohl der Granatenregen bisher nur Kirche und Pfarrhaus, die allein auf einer Anhöhe standen, vollkommen zerstört hatte, fühlte sich niemand in seiner Klausur sicher. Da nun aber bisher nur in den Abendstunden die Granaten angeheult kamen, ging das Dorfleben am Tage seinen gewohnten Gang. Die Kinder, es waren nur wenige, spielten munter auf der Dorfstraße.

Wenn ich auf meinem hochbeinigen Oldenburger dahergelitten kam, begleiteten mich immer einige Buben und Mädchen. Mittlerweile hatte sich sogar eine Freundschaft angebahnt. Besonders die kleine Adrienne fiel mir auf; ein blondhaariges, dunkeläugiges Kind, das wohl 7 Jahre alt sein mochte; sauber und bescheiden, wie es sonst nicht die Art der kleinen Franzosen war.

Einnmal überraschte ich die Kinder bei einem entzückenden Spiel. Adrienne mußte mir die Weise vorsingen. Ich erinnere mich leider nur noch der Schlusssätze:

Saint Joseph passa par là.
Il m'a dit, que faites-tu là?
Je suis à faire un petit feu,
Pour chauffer les pieds de Dieu.

(Sankt Joseph ging vorbei.
Er fragte mich: „Was machst du da?“

Ich bin dabei, ein Feuer zu machen,
Um Gott die Füße zu wärmen.)

Dieses wundersame Lied der Kleinen begleitete mich. Und in der Nacht darauf, wie ich im Graben Fernsprecherdienst hatte, klang mir noch immer die sinnige Weise in den Ohren.

Etwa 14 Tage später, am 1. Adventssonntag, trug mich mein Schwarzer wieder durch das schöne Land. Die Abendsonne hatte die Berge in Rot und Gold getaucht. Und es lag ein Sonntagsgedanken über der Weite, der alles vergessen ließ.

Die Gedanken wanderten in die Heimat. Dort wurden jetzt gewiß am Adventskranz die Kerzen angezündet. Und Frau und Kinder dabei die alten, trauten Weisen singend. Die Sehnsucht bekam Flügel. Die Gedanken kamen und gingen. Die bangen Sorgen! Jedoch hielt schließlich die Erkenntnis: auf Advent folgt immer Weihnacht!

Allmählich hatten sich düstere Nebelschleier herabgelassen, die das herbliche Land in schmerzlichen Ernst tauchten. Bald hatte ich das Dorf A. erreicht. Meine kleinen Freunde und Freundinnen tummelten sich auf der Dorfstraße.

Ich ritt — wie immer — in weiser Vorsicht dicht an der Häuserreihe entlang, die nach der Front zu lag. Da — der bekannte Abstoß der Batterie! Blitzschnell war ich aus dem Sattel, mich in einen Torbogen drückend, das treue Pferd zu mir her zerrnd. Aber die Kinderschar! Dieser war das Geheul wohlbekannt. Mit dem Schrei: „Voilà, les canons des Prussiens!“ (Sie wußten es nicht anders) hasteten sie dem Feldenkeller zu.

Adrienne hatte die Gefahr nicht so schnell erkannt. Sie war die letzte. Da — mein Herz schien stillzustehen. Ein entsetzlicher Knall. Dreck und Splitter wirbelten auf. Eine undurchdringliche Wolke von Staub und Dampf. Als sich diese etwas gelichtet hatte, ließ mich ein Bild des Grauens erschauern. — — — Adrienne lag im Staube der Straße, die kleinen Hände hilflos ausgestreckt. Pferd und alles vergehend stürzte ich zu dem Kind. Wie ich es aufhob, öffneten sich noch einmal die wundervollen Augen. Ein Blick traf mich, den ich nie vergessen werde. Dann ging die kleine Seele hinüber in die Ewigkeit. Auf dem kleinen blassen Gesicht lag der Ausdruck des Friedens. Nichts Verzerrtes. Nur Hohes, Heiliges.

Wie ich das Kind der Mutter übergab, wollte mich der Schmerz überwältigen. Erst die barbare Stimme des Ortskommandanten brachte mich zum Bewußtsein, daß ein Soldat sich unbedingt in der Gewalt haben muß. Tief ergriffen setzte ich meinen Ritt fort. Die Dämmerung sank hernieder. Als ich den Wald erreichte, war es klar geworden. Rund um mich her tönte ein geheimnisvolles Rauschen. Alles schien von Wehmut erfüllt zu sein. In wunderbarer Pracht leuchteten die Sterne. Aber sie konnten mir auch keine Antwort auf das „Warum“ geben.

Von Lebenswanderschaft.

Biographisches.

Hermann Desfers Briefwechsel mit seiner späteren zweiten Gattin trägt, bei Salze, Heilbronn (4.—), herausgegeben, den Titel: „Jugendaufstieg“. An seinen Gedanken reich, getreues Spiegelbild einer tiefen Liebe, läßt er, gerade weil er wirklicher Niederlag verflorenen Lebens ist, den Abstand von uns deutlich hervortreten und macht das Andersartige unserer Einstellung zu manchen Wirklichkeiten des Lebens deutlich bewußt.

„Aus Pauline Desfers Mädchenjahren“, stellt eine willkommene Ergänzung zu Agnes Sappers Bräuterbuch dar, stammt von Elise Pfaff, (Weid, 3,60 M.) und schildert — halb Mär, halb wahr — das Werden jener reifen und zielklaren Frauengestalt. Die bedeutenden Jahre 1845 bis 1849 stellen den Hintergrund. Es quillt Leben in dem Buch. Fäden spinnen sich nicht nur rückwärts, sondern in die Fragen eigener Lebensbewältigung hinein.

Eine schlichte lebendige Biographie von „Toni Schumacher“ bringt der Quell-Verlag durch Anne Rosendörff heraus. Unterhaltend, warmherzig, lebensgetreu. Es wird viel Dank ernten und Segen stiften.

Ein Musikerleben, in biographisch lebendiger, auch musikalischen Laien eindringlicher und verständlicher Form ist „Brahms“ von E. Ch. von Sell (Steinkopf, 3,50 M.). Gerade dieser Mann mit seiner Gemütsstärke und seiner Abklärung des Schmerzes und der herben Schwere lastet zur Nachgestaltung seines Lebens, und das Werk darf darum besonders viele Leser erwarten.

Hitlers Programm.

Empfang der englischen Presse. — Rosenberg in London.

Der Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Adolf Hitler, empfing in Berlin Vertreter der englischen Presse und unterrichtete sie über die Ziele der nationalsozialistischen Politik. Sämtliche in Berlin tätigen englischen Journalisten brachten ihren Blättern ausführliche Berichte über den Verlauf dieser Unterredung. Danach führte Hitler aus, der Nationalsozialismus werde durchaus auf gesetzlichem Wege vorgehen. Praktisch liege die Macht für den Nationalsozialismus schon in Reichweite, und daher wäre es schon eine Dummheit, wollte sich die NSDAP. auf ungesetzliche Handlungen einlassen. In diesem Zusammenhang erwähnte Adolf Hitler auch das Böhmeimer Dokument, wobei er bemerkte, für die privaten Taten der 700 000 Nationalsozialisten, könne er unmöglich verantwortlich gemacht werden. In der Partei entscheide im übrigen allein sein Wille.

Was die Außenpolitik betreffe, sei das deutsch-französische Verhältnis durch die Haltung Frankreichs bedingt. Eine Expansionspolitik gegenüber Deutschland führe zum Ruin und könne von Deutschland nicht geduldet werden. Deutschland sei nicht Karthago, und Frankreich sei nicht Rom.

Eingehend äußerte sich Hitler ferner über die Notwendigkeit einer drastischen Verminderung der deutschen Einfuhr. Verzicht auf die Einfuhr unnötiger ausländischer Lebensmittel, dann würde so eine Summe von etwa einer Milliarde Mark im Lande bleiben, die den heimischen Markt um etwa sechs oder sieben Milliarden Mark beleben würde. Wie die Einfuhr, so müßten auch die gesamten Staatsausgaben auf ein Mindestmaß herabgeschraubt werden.

Im Verlaufe des Presseempfangs richtete ein Vertreter der „Times“ die Frage an Hitler, wann der Tag des Dritten Reichs kommen werde. Hitler erwiderte, bis zur Uebernahme der Macht durch die Nationalsozialisten allein oder, was wahrscheinlicher sei, zuerst auf der Grundlage einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien, würden vielleicht noch zehn Monate vergehen. Nach einer anderen Darstellung soll die Antwort gelautet haben: „In den nächsten Tagen, in einem Monat, vielleicht auch erst übers Jahr.“

Die „Times“ selbst, die ihrem Bericht die Ueberschrift gab: „An der Schwelle der Macht“, bemerkt dazu, nach ihrer Ansicht werde es wahrscheinlich in fünf Monaten soweit sein.

Der Korrespondent der konservativen „Morning Post“ hebt hervor, wenn Hitler auch die gegenwärtige Regelung der Reparationen öffentlich anklage, habe er die Möglichkeit, daß Deutschland zahlen würde, nicht ausgeschlossen. Eine nationalsozialistische Regierung würde jedoch nur das unterzeichnen, wovon sie wüßte, daß sie es ausführen könnte. Aus Hitlers Bemerkungen sei klar geworden, daß ihm nur eine Reparationsregelung annehmbar erschien, die in wenigen Jahren abgetragen werden könnte.

Fühlungnahme mit England.

— London, 7. Dezember.

Hitlers engster Mitarbeiter, der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, Rosenberg, weist seit einigen Tagen in England. Ein Vertreter der „Daily Mail“ ersuchte um eine Unterredung, in deren Verlauf Chefredakteur Rosenberg u. a. ausführte, Deutschland werde keine Handelskrediten begehren. Eine Katastrophe müsse aber eintreten, wenn auch die Reparationen und die Kriegsschulden einseitig werden sollten. Eine neue Friedenskonferenz werde bald kommen. Sie werde das Reparationsproblem den Problemen der Weltkarte anpassen müssen.

Drei Biographien, ganz artverschiedener und doch im innersten von derselben Herzenskraft geformter Theologen, nenne ich zuletzt: Wichern — Raftan — Borchert. Von Wicherns Werk und Leben brachte Gerhardt in der Agentur den Abschlußband der Trilogie: „Aufbau und Ende“ (12,50 M.), Wicherns Kampf um Reformen (s. B. in der Gefängnisfrage) und das Ringen der Inneren Mission um den großen Block: Soziale Frage. Der Feuergeist im Staatsdienst mit den zermürbenden Komplikationen der Arbeit zwischen Kompetenzen und Beharrungen. Die große Krisis, in die die Arbeit des Zentralausschusses für J. M. heute hineingeschleudert wurde, macht ein Zurückgehen und Neufundamentieren auf dem eigentlichen Wichern besonders eindringlich nötig. Gerhards Werk enthält dazu ganz neue und bisher unausgeschöpfte Möglichkeiten. Was diesen Schlußband aber so dem Herzen näherückt, ist die in ihm entfaltende und das Ende überschattende Tragik des geistigen Dunkelverdens aus diesen ganz Großen auf dem Gebiet evangelischer Liebesbarmherzigkeit und Lebensbewältigung.

Theodor Raftans „Erlebnisse und Beobachtungen“ zeigen einen lutherischen Norddeutschen von Format, sachlich, nüchtern, immer lebendig und bewegend und glaubensstark im Batersinn. Welche Fülle von Fragen umfaßt und erschließt dies Werk (Vertelsmann, 12,— M.). Und zwar so, daß klar wird, der Mensch ist da, um diesem Leben zu dienen, nicht das Leben mit seinen Fragen, um ihn zu entfalten. Das Subjektive wird transparent für die aus der Wirklichkeit aufsteigenden Lebensforderungen an Kirche und Gemeinde, — Theologenschaft und — Kirchenregiment. Da gibt es zu lernen!

Weshalb liegen die Dinge bei Borcherts „Aus siebzehn Jahren“ (Wollermann, 7,50 M.). Hier schwingen durch die Lebenssphäre Mitteldeutschlands, aber auch von Niedersachsen her entscheidend bedingt, dieselben großen Fragen. Nur reibt hier zugleich mit der Herzenserwandtschaft der literarische Gestalter, der Pädagoge und stille Former so unübertroffener Werke wie des „Goldgrund des Lebens Jesu“. Seine Lebenserfahrungen sind bedeutsam und wir Jüngeren, die wir wissen, daß wir auf den Schultern der Alten stehen, tun gut, Kopf und Herz zu öffnen in Bereitschaft des Lernens und — Handelns.

„News Chronicle“ widmet der Anwesenheit Rosenbergs ebenfalls einen Artikel. Wenn die Hoffnungen der Nationalsozialisten in Erfüllung gingen, meint das Blatt, dann werde Hitlers Adjutant der jüngste Außenminister sein, den Deutschland je hervorgebracht habe.

Rosenbergs Aufenthalt in London habe den Zweck, die Einstellung der englischen öffentlichen Meinung zu erkunden. Rosenberg sei gekommen, um seine Freunde zu befragen. Er habe aber ausdrücklich bemerkt, daß es sich bei diesen Freunden um private Personen handle, nicht aber um Mitglieder der Regierung. Auch habe er in Abrede gestellt, den Gouverneur der Bank von England gesehen zu haben.

NSDAP für deutsch-englisch-italienische Zusammenarbeit.

Rosenbergs politische Arbeit in London. — Er versucht die englische Zustimmung für eine Hitlerregierung zu erlangen.

London, 6. Dez. Alfred Rosenberg, der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“, verläßt London am Sonntag abend. Während seines hiesigen Besuches hat er Lord Lloyd, den die englischen Faschisten als ihren zukünftigen Führer ansehen, und Walter Elliot, den finanziellen Unterstaatssekretär im Schatzamt, sowie Vertreter des Bankhauses Henry Schroder gesprochen. Mit anderen Mitgliedern der konservativen Partei und Mitgliedern des Ober- und Unterhauses seien ernste Besprechungen in dem konservativen Carlton- und dem Junior Carlton-Klub gepflogen worden, wo er auch Personen gesehen habe, die an der russischen Frage besonders interessiert seien.

„Sunday Referee“ gibt den Zweck des Besuches Rosenbergs dahin wieder, daß er sich die Zustimmung der englischen Konservativen zu einer Hitler-Brüning-Koalition habe sichern wollen, wogegen diese Koalition oder eine Hitler-Regierung die Priorität der englischen kurzfristigen Kredite und Anleihen anerkennen würde.

„Reynolds News“ erläutert die Mission des Herrn Rosenberg dahin, daß er den englischen Bankiers im einzelnen die Pläne Hitlers zur Sicherstellung der privaten Schuldverpflichtungen erläutert und deren Zustimmung erhalten wollte. Er habe sich außerdem vergewissern wollen, welche englischen Finanziers bereit seien, den Faschismus zu unterstützen. Die englische Presse bringt noch eine Reihe von Äußerungen Rosenbergs, in denen er die Absichten der Hitlerpartei darlegt. Er betont dem „Sunday Referee“ gegenüber: Die Nationalsozialisten wollen nicht die Weimarer Verfassung ändern. Ihr Ziel sei es, im Reichstag eine Mehrheit zu erhalten, um die persönliche Führung durch Hitler auf die Dauer von zehn Jahren sicherzustellen.

Rosenberg bedauerte, daß seit den Tagen des Lord Salisbury stets irgend etwas zwischen Deutschland und England getreten sei.

Heute aber sollten nach seiner Ansicht beide Länder zusammen gegen den Bolschewismus arbeiten. Die Nationalsozialisten hätten an sich keine franzosenfeindliche Politik, aber da die französische Politik deutschfeindlich wäre, so müsse man nach Unterstützung gegen die französischen Forderungen ausweichen. Wenn die Nationalsozialisten sich Italien näherten, so geschehe es, um dessen Unterstützung zu erhalten, und sie erblickten in einer solchen Freundschaft eine Stärkung des Friedens. Südtirol sei eine Frage von geringerer Bedeutung.

Die Wahlen in Stuttgart.

Verdoppelung der nationalsozialistischen Stimmen.

Stuttgart, 6. Dez. Bisher liegt von den württembergischen Gemeinderatswahlen lediglich das Endergebnis aus Stuttgart vor. Das Ergebnis ist folgendes:

Partei	Stimmen	Reichstagsw.	Mand.
		1930	
Kommunistische Opposition	4 037	—	—
Christlicher Volksdienst	9 075	12 351	1
Sozialdemokraten	46 810	60 198	7
Zentrum	18 186	19 615	3
Deutschnat. Volkspartei	19 525	18 394	3
Frauenliste	4 760	—	—
Bürgerliche Einheitsliste (Demokr., DVP., Volksr., Part., Nat. Volksgem.)	23 104	51 897	3
Kommunisten	37 803	38 414	6
Nationalsozialisten	44 599	22 587	7

Kirchenprengung in Moskau.

Nach einer Meldung eines Berliner Blattes ist die Erlöser-Kathedrale, eines der bedeutendsten Bauwerke Russlands, durch Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die gewaltige Explosion wurde in der ganzen Stadt verpöf. Die Polizei hatte das ganze Stadtviertel abgesperrt. An die Stelle der Kathedrale soll das Sowjet-Kongreßgebäude errichtet werden.

Vertrauen für Dingeldey.

Hannover, 7. Dezember. In der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurde mit 530 gegen 14 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Ausführungen des Parteiführers über die politische Lage und den Kurs der Partei gebilligt werden. Dem Parteiführer wird volles Vertrauen ausgesprochen. Der Zentralvorstand, so heißt es in der Entschließung weiter, ist der Auffassung, daß die Rettung Deutschlands aus seiner heutigen bedrückten Lage nur in der Abkehr von der Sozialdemokratie erfolgen könne. Er halte die Bildung einer auf die breiten nationalen Kräfte des deutschen Volkes gestützten Reichsregierung für dringendes Erfordernis.

Tribute völlig unberechtigt

Rundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände Deutschlands.

— Berlin, 7. Dezember.

Die Spitzengewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten veröffentlichten unter Hinweis auf die am heutigen Montag beginnende Tagung des Beratenden Sonderausschusses der VZJ. eine Rundgebung, in der es heißt:

„Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen, eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschlitterungen des internationalen Kreditssystems herbeigeführt. Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredits ist die zentrale wirtschaftliche und politische Aufgabe.“

Die Reparationsleistungen haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beruhigung der inneren Lage Deutschlands notwendig. Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungstimmung, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. Es sind zumeist die armen Söhne des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis füreinander wecken sollte.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verurteilen diesen volksverheerenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschließlich mit geistigen Waffen geführt werden.

Zukunft der deutschen Delegation.

— Basel, 7. Dezember.

Die deutsche Abordnung für die Beratungen des Sonderausschusses bei der VZJ. ist in Basel eingetroffen. Sie steht unter der Leitung des Bankiers Melchior. Melchior ist begleitet von Ministerialrat Berger, dem Sachbearbeiter für Tributfragen im Reichsfinanzministerium, sowie einigen Beamten der Reichsbank und des Statistischen Reichsamtes. Die Abordnung hat im Hotel Euler in der Nähe der VZJ. Wohnung genommen.

An der Basler Tagung des Beratenden Sonderausschusses der VZJ. nehmen teil: Professor Beneduce-Italien, Staatsminister Francqui-Belgien, Sir Walter Layton-London, Dr. Melchior-Hamburg, Direktor Hohara-London, Professor Charles Risi-Paris, Dr. Stewart-Newport.

Frankreich ist unzufrieden.

Keine Delegation zur Zollverhandlung nach London?

Nach einer Havasmeldung hat die französische Regierung Mitteilungen über die Tendenz der englischen Antwort auf den französischen Vorschlag direkter Zollverhandlungen erhalten. Der Wortlaut liege in Paris noch nicht vor, es bestehe aber nur wenig Aussicht darauf, daß gegenwärtig eine günstige Lösung zu erzielen sei. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß die französische Regierung unter diesen Umständen vorläufig von der Entsendung einer Delegation zu Verhandlungen nach London Abstand nehmen wird.

Wie Havas berichtet, soll sich die englische Regierung in ihrer Antwort auf die französische Anregung über die Aufnahme von französisch-englischen Zollverhandlungen zwar grundsätzlich mit der Aufnahme freundschaftlicher Verhandlungen einverstanden erklärt, jedoch hervorgehoben haben, daß solche Verhandlungen verfrüht erschienen, da gegenwärtig eine Änderung an dem neu eingeführten englischen Zolltarif nicht im Bereiche der Möglichkeit liege.

Für wirksame Abrüstung.

Mussolini gegen Verfallter Vertrag.

Den Besuch Grandis in Washington und seine Besprechungen mit Hoover behandelte der italienische Ministerpräsident in der Wiener „Neuen Freien Presse“. Der Besuch, so erklärt Mussolini, galt der Darlegung des italienischen Standpunktes in der Weltkrise und der Betonung der italienischen Bestrebungen zur Förderung des Friedens und einer wirksamen Abrüstungspolitik. Diese beiden Hauptprobleme der Zeit erfordern die Zusammenarbeit aller Staatsmänner. Italien betrachtet die Abrüstung als erste Voraussetzung für künftige Verhandlungen. Es ist bereit, das Abrüstungsjahr zu verlängern. Die Unzufriedenheit mit der europäischen Lage ist mannigfaltiger Natur.

Der Vertrag von Versailles, mit dem Europa behaftet ist, verlegt jedem Fortschritt den Weg; aber ehe wir an die Erörterung dieser Schwierigkeiten gehen, müssen wir unter Bemühen darauf konzentrieren, einen per Höben Plan zur Verminderung der Rüstungsaufgaben zu finden, die an den Energien fast aller Völker zehren.

Gandhi in Paris.

Er erwartet baldige Regelung in der Indienfrage.

Gandhi ist auf dem Nordbahnhofe eingetroffen. Er erklärte vor einer Versammlung, die von ihm in Indien verfolgte Politik des Verzichtes auf Gewalt sei, wenn sie von einer Volksmasse durchgeführt werde, das härteste und wirksamste Kampfmittel und zugleich menschlicher als eine mit Waffen ausgeübte Macht; denn sie bringe niemandem den Tod.

Gingstlich des Ergebnisses seiner Reise nach England erklärte er, er verlasse England zwar mit leeren Händen, glaube aber nicht, daß man alle Hoffnung auf eine baldige Regelung aufgeben müsse. Die Bevölkerung Indiens werde Englands Herz durch ihre Leiden rühren.

Der Stahlhelm in Bielefeld.

Schon länger hatte der Stahlhelm die Absicht gehabt, auch einmal in Bielefeld eine größere Tagung zu veranstalten. Das wurde nun in diesen Tagen zur Wirklichkeit. Die Veranstalter sehen es gewöhnlich schon als gutes Zeichen an, wenn gutes Wetter ist. Davon war die Tagung des Stahlhelms nun besonders begünstigt. Es waren zwei Dezembertage mit so angenehmer Witterung, wie das selten in dieser Zeit in Bielefeld der Fall ist. So sahen die Straßen ein von Uniformen stark belebtes Bild. Tausende strammer deutscher Männer hatten sich in Bielefeld eingefunden, die zum Teil schon an den Veranstaltungen am Sonnabendabend in der Ressource und auf dem Johannisberg teilgenommen. Am Sonntag war Gottesdienst, Fahnenweihe, Konzert auf dem Schillerplatz, am Nachmittag Kundgebung in der ganz gefüllten Ausstellungshalle und des Abends kameradschaftliches Zusammensein auf dem Johannisberg.

Zu längeren Berichten über alles fehlt uns der Raum. Der Höhepunkt war wohl auch die Kundgebung am Nachmittag. Für Minden-Ravensberg hatte es etwas zu bedeuten, daß nun auch der Führer des Stahlhelms, Herr Franz Selbte, einmal in Bielefeld als Redner auftrat. Parteipolitische Größen aller Richtungen haben sich schon in der großen Ausstellungshalle hören lassen. Da der Stahlhelm bisher darauf verzichtet hat, als parteipolitische Richtung sich zu betätigen, gaben die politischen Wahlen den Führern des Stahlhelms kaum Gelegenheit, hier aufzutreten.

Schon der Einmarsch der Stahlhelmer auf die schwarz-weiß-rot geflaggte Bühne und der Einzug der Fahnenabteilung unter den Klängen der alten Marsche machte einen guten und gewaltigen Eindruck, der sich doch etwas unterschied von den rein politischen Aufzügen. Als erster Redner trat der Bezirksführer des Stahlhelms, Dr. Lehmann, Bad Deynhausen, an das Rednerpult. Er begrüßte die Gäste, die Kameraden und besonders den obersten Führer, Herrn Franz Selbte, und begründete in einer kurzen Rede die Berechtigung der Tagung und die Notwendigkeit des Daseins und der Arbeit des Stahlhelms. Der Weg des Stahlhelms sei ein Weg des Kampfes und des Opfers. Unserer enttörnten Zeit müsse wieder deutlich gemacht werden, daß das Leben Kampf ist. Die Versammlungen des Stahlhelms sind Rufe an das sittliche Gewissen. Wir Frontsoldaten klopfen an die Pforten der Zukunft. Wir wollen keinen Anschluß nach Westen, das bedeutet Zerfetzung; wir wollen keinen Anschluß nach Osten, das bedeutet Zerstörung; wir wollen ein freies Volk, einen selbständigen Staat. Das zu erreichen sind wir bereit, der Welt zu zeigen, was germanische Dämonie, aber auch, was germanische Zukunft ist.

Ein wirkungsvoller Sprecher bekräftigte die Ausführungen Dr. Lehmanns durch den deutschen Schwur: „Wir wollen frei sein wie die Väter waren.“

Dann trat Franz Selbte auf. In der Bielefelder Ausstellungshalle haben sich schon glänzende Redner hören lassen. Aber die natürliche Schlichtheit, mit der Selbte seine Gedanken vortrug, die Gradheit und Offenheit, mit der er über die Not des Vaterlandes sprach und die Aufgaben und Ziele des Stahlhelms darlegte, ließ es schon verstehen, daß es diesem Mann und seinen Kameraden, die mit ihm in der Führung stehen, gelungen ist, als Offizier des Kriegsheeres Hunderttausende alter Frontsoldaten um sich zu sammeln und durch sie den alten preußischen Gedanken der Kameradschaft, des Opfers und der Wehrhaftigkeit im deutschen Volke aufrecht zu erhalten, trotz der Zerfetzungs- und Entnervungsarbeit, die ein volksfremder neuzeitlicher Geist in weiten Kreisen des Volkes getan hat. Der Redner betonte, daß Nähe der Stätte, wo auf waldumrauschem Berge das

Nähe der Stätte, wo auf waldumrauschem Berge das Schwert Hermann des Cheruskers emporragt als das Symbol der Kräfte, die auch unser jetzt so geknechtetes Vaterland einst wieder aufrichten müssen zu einem Staat, für den es sich lohnt, Gut und Kraft und Blut und Leben einzusetzen. Selbte betonte, daß der Weg des Stahlhelms bisher ein harter Weg gewesen sei, und daß man auf diesem Wege zum harten Kämpfer geworden sei, der nicht mehr gewillt sei, sich von anderen Mächten auf die Seite drücken zu lassen. Er werde nie zur politischen Partei werden, aber in den entscheidendsten Fragen, wo es sich um das Schicksal des Vaterlandes, um das Schicksal von Kind und Kindeskind handele, werde er mitreden. Er kämpfe niemals gegen den Staat, aber gegen eine Bonzokratie, die persönliche und parteipolitische Interessen dem Allgemeininteresse überordnete. Aus schweren Anfängen am 13. November 1918 sei die mächtige Organisation geworden und diese verkaufe ihr Erstgeburtsrecht nicht gegen ein Zinsengericht. Die Erneuerung des deutschen Menschen sei eine Hauptaufgabe, die Erziehung eines Menschen, der sich seiner Verantwortung einem ewigen Gott und seinen Mitmenschen gegenüber ganz bewußt ist. Der Mann aus dem Volke, der die Stütze des Staates in der Politik und in der Wirtschaft ist, muß die gleichen Rechte und menschliche Achtung genießen, wie der, dem besondere Gaben für die Führung geschenkt sind. Freie Menschen in einem freien Vaterlande. Das ist es, was wir erstreben. Und der Kampf darum soll nicht noch einmal 13 Jahre dauern.

Der Rede Selbtes folgte noch eine Fahnenweihe. Als Schluß der Kundgebung erklangen der erste und vierte Vers des Deutschlandliedes und nach dreimaligem begeisterten Frontgeil wog sich der Ausmarsch der Fahnen und der uniformierten Stahlhelmer in gleicher Weise wie der Aufmarsch. Der Abend vereinigte die Stahlhelmer mit den Gastgebern und Freunden in einem familiären Beisammensein in den Sälen des Johannisberges.

Sozial- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Hans Grimm las in Bielefeld. General Friedrich konnte am Mittwochabend im Namen des Kolonialvereins einen großen Kreis von Zuhörern in der Eintracht begrüßen, der gekommen war, um Hans Grimm zu sehen und zu hören. Ihm wurde ein warmer Empfang bereitet und General Friedrich dankte ihm besonders herzlich, daß er in dieser Zeit nach Bielefeld gekommen sei, um auch hier für ein größeres und starkes Deutschland zu werben.

Aus den drei Abschnitten, die Dr. Hans Grimm dann las, leuchtete ohne weiteres der Gedanke durch, dem sein Lebens- und Schaffensziel gilt, einem selbstbewußten, nationalen Deutschland den Weg zu bereiten. Der erste war eine ergreifende Szene aus dem Farmerleben in Afrikas Steppen, der zweite eine lustige Skizze vom Kamelebsengst Dernburg und der dritte ein kurzes Lebensbild des Dichters selbst. Nach zweistündigem, gespannten Zuhören dankte ihm die Versammlung herzlich. Es sei hier noch einmal an das Hauptwerk des Dichters erinnert „Volk ohne Raum“, das jetzt in einer Volksausgabe für 8,50 Mark vorliegt und auf das schon einigemal empfehlend hingewiesen wurde.

Weihnachtsbitt.

Überall erklingen jetzt wieder die lieben alten Weihnachtslieder. Wir bitten alle unsere Freunde recht herzlich, trotz der Not der Zeit auch in diesem Jahre unserer großen Kinderschar zu gedenken.

Gaben jeder Art sind uns herzlich willkommen. Gott der Herr aber segne uns alle in dieser Weihnachtszeit.

Der Vorstand des Johannesstiftes
i. A. Siebold, Baurat

Geldspenden werden erbeten auf unser Postcheckkonto 140 51 Hannover, Johannesstift Bielefeld.

Weihnachtsbitt.

Schnee liegt auf einem stillen Grab,
wo Sommers blüht der Kieker.
Es legte seinen Wanderstab
ein Pilger Gottes nieder.
Nun kam des Winters eilige Zeit
mit Kerzenschimmers Seligkeit.
Doch, lieber Krüppelvater Du,
Gott schenke Dir des Himmels Ruh.
Wir denken heute trauernd Dein.
Herr, laß ihn nicht vergessen sein,
erwecke uns Freunde nah und fern,
die in der Weihnachtszeit so gern
uns Licht und Trost und Liebe spenden
mit ihrer Liebe offenen Händen.

Angerburg Ostpr.

Lie. Braun, Pfarrer.

Für die durch den Heimgang ihres treusorgenden, hochbetagten Krüppelvaters Sup. D. S. Braun im Frühling 1931 verwaiste große Schar von fünf

1000 Krüppeln in Angerburg.

Siehe, Blinde, Taubstumme, Schwachsinrige etc. erbittet auch zu diesem Weihnachtsfest in schwerster Notzeit Gaben der Liebe, als Licht, Trost und Freude in tiefster Leidensnacht

Der Anstaltsleiter

Lie. Braun, Pfarrer.

Postfachamt Königsberg Nr. 2423 „Krüppelanstalten Bethesda“, Angerburg Ostpr.

Weihnachtsbitt.

Gedenket, die Ihr gesund seid und gesunde Kinder habt, um des Christkinds willen an die 1200 Schwachsinrigen, Blinden, Lahmen, Krüppel und Psychopathen in

Wittekindshof bei Bad Deynhausen (Westf.).

Die knappen Pflegegelder gehen verspätet, spärlich oder gar nicht ein, hohe Zinsen sind aber pünktlich zu zahlen. Dennoch möchten wir die Weihnachtshoffnungen unserer Pflegekinder nicht enttäuschen. Pakete, Kleidungsstücke, Spielsachen und Geldgaben sind herzlich willkommen. Letztere erbeten auf Postcheckkonto Amt Hannover Nr. 4 652 der Anstalt Wittekindshof bei Bad Deynhausen.

Pastor Th. Brünner,

Anstaltsvorsteher.

Weihnachtsbitt.

der Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Notzeit und Notverordnungen haben auch in unsere Anstaltswirtschaft einschneidend und besorgniserregend eingegriffen. Dessenungeachtet erwartet unsere 675 Schwachsinrige und Epileptiker Weihnachtsfreude in Weihnachtsgaben! Wer hilft mit, daß sie nicht ganz enttäuscht werden?

Wir bitten um Gaben für die Weihnachtsbescherung und danken im Voraus im Namen unserer Kinder!

Der Anstaltsvorstand: Der Direktor und Hausvater:
Martin, Dekan, Todt.

Vorsitzender.

Das Postcheckkonto der Anstalt ist 4000 bei dem Postcheckamt Frankfurt a. M., das Bankkonto 259 bei der Nass. Landesbank Nassau a. d. Lahn.

Bethel.

— Versammlung der Konfirmanden: der Knaben am Montag, den 7., der Mädchen am Mittwoch, den 9. Dez. abends 8 Uhr bei Pastor Wilm.

Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8 1/2 Uhr Männerchor in „Ephrata“.

Gaben für Spinnerei-Bloch-Weihnachten noch dringend erbeten. Siehe letzten Monatsplan.

Christlicher Verein junger Mädchen.

Dienstag abend 8 1/2 Uhr: Kreuzrüste im Gruppenaal. Mittwoch abend 8 Uhr: Aufnahme neuer Mitglieder im Vereinsaal.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. H. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleichbach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Knoblauchzwiebellast

ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Bluthochdruck, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die orient. Völker den Knoblauch gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend Mk. 3.50. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Radak, Bad Deynhausen 4.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einreichen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. *) Nichtzutreffendes streichen.

Abgebaute Volksschullehrerin, akadem., 28 J., 1 1/2 J. Staatsdienst, beherrscht Franz., Englisch, fucht

Stelle

in Kinderheim oder Privatmädchenschule, Eltern oder früher. Marianne Dost, Lehrerin, Hubertusburg b. Wermersdorf (Bez. Leipzig)

Dauermieter

oder Pensionär finden bei mäßig. Pensionen für ein ob. zwei möbl. Zimmer Aufnahme in ruhigem, kleinen Villenhaus. Guter Aufenthalt, nahe gelegene, schöne Spaziergänge.

Frl. v. Otterstedt, Ballenstedt a. Harz, Poststr. 61.

Günstige Gelegenheitskäufe! Pianofabrik finden Sie zu außer- gewöhnlich billigen Preisen bei August Festing, Pianofabrik BIELEFELD, Bahnhofstraße 6

Piano Fischer Harmonium-Fabrik Schorndorf Weg. Tel. 201

Durch wunderbar wirkende Neuerungen sind meine seither als vorzüglich bekannten Harmoniums noch weit überholt. Gebrauchte Pianofabrik und Harmoniums vorrätig.

Weihnachts-Flugblatt!

Ein vierseitiges Werbeblatt mit Bildern von Hans Thoma und Fritz v. Uhde, geeignet zum Verteilen auf Weihnachtsfeiern, in den Kirchen, Bahnhöfen, Weihnachtsmärkten usw.

Das Blatt ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld. Postcheckkonto: Hannover 7352.

Das Stück kostet 2 Pfg. Bei größeren Bezügen Ermäßigung. — Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Umstellung im Haushalt auf Nuttbutter „Jansana“ (veg. Margarine) weil ergiebiger und billiger, ohne etwas zu entbehren. Post- und Bahnversand zu Fabrikpreisen.

Pflanzenbutter Vertriebsgesellschaft „Niederrhein“ m. b. H., Düsseldorf 72 Schleichbach

Zuverlässige Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Stellengefunde und Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Bielefelder Vortrags-Abende

2. Abend, Dienstag, 8. Dezbr., 8 Uhr Gemeindehaus Grünstraße

Germanische Kulturfragen

Disputation zwischen den Herren Dr. Pfaffmann, Münster; Prof. Langewiesche, Bünde; Direktor Teudt, Detmold.

Weitere Dauerkarten für 7 Vorträge, einschl. Jesuitismus und Volkstum, num. Platz Mk. 3.50, Einzelk. Mk. 0.80 in der Pfefferschen Buchhandlung und an der Abendkasse. Erwerbslose Mk. 0.30 an der Abendkasse.